

Gambia



Stabil / Unverändert 

Religion

Bevölkerung

Fläche

- Muslime : **88.8%**
- Ethno-religiöse Gruppen : **5.3%**
- Christen : **4.5%**
- Andere : **1.4%**

2.055.000

11.295 Km²

Gesetzeslage zur Religionsfreiheit und deren faktische Anwendung

Gemäss Artikel 1 der Verfassung des Landes ist Gambia eine souveräne, säkulare Republik.^[1] Artikel 25 der Verfassung garantiert die Religionsfreiheit, und generell wird diese Bestimmung von der Regierung respektiert. Es besteht keine Pflicht für Religionsgemeinschaften, sich behördlich registrieren zu lassen. Für Muslime gilt bei Eheschliessungen, Scheidungen und in Erbschaftsangelegenheiten die Scharia. Das nationale Recht sieht islamischen und christlichen Religionsunterricht an staatlichen und privaten Schulen vor. Im Allgemeinen wird dies von der Regierung respektiert.

Innerhalb des Berichtszeitraums hat sich die Lage hinsichtlich der Religionsfreiheit im Lande deutlich verbessert. So hat der neue Präsident, Adama Barrow, zum Beispiel im Januar 2017 die Entscheidung seines Vorgängers, des langjährigen Diktators Yahya Jammeh, revidiert, Gambia zu einer islamischen Republik umzugestalten.^[2] Laut Verfassung ist Gambia zwar ein säkularer Staat, aber im Dezember 2015 hatte Jammeh das Land zu einer „islamischen Republik“ erklärt, der zweiten solchen Republik in Afrika nach Mauretanien.^[3]

Anfänglich hatte Jammeh darüber hinaus keine detaillierten Angaben dazu gemacht, welche Auswirkungen die Errichtung des islamischen Staats haben würde. Allerdings verlor er dadurch an Popularität, und nach der Präsidentschaftswahl im Jahr 2016 erfolgte ein friedlicher Machtwechsel. Es war das erste Mal seit der Unabhängigkeit Gambias im Jahr 1965, dass ein solcher friedlicher, demokratischer Regierungswechsel erfolgte.

Nach den Wahlen hatte Jammeh zunächst – zum Erstaunen sämtlicher Beobachter – seine Wahlniederlage eingeräumt und einige Oppositionelle aus der Haft entlassen.^[4] Am 9. Dezember 2016 wies er das Wahlergebnis jedoch offiziell zurück. Er bestand darauf, im Amt zu bleiben und rief zu Neuwahlen auf. Daraufhin bemühte sich die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft^[5] in einer gemeinsamen Aktion mit dem UN-Sicherheitsrat um Vermittlung und versuchte – zunächst vergeblich – Jammeh zum Rücktritt zu bewegen. Erst nach Androhung einer militärischen Intervention gab

Jammeh schliesslich bei. [6]

Während seiner Amtszeit hatte Jammeh oppositionelle politischen Kräfte, eine unabhängige Rechtsprechung und kritische Medien weitgehend unterdrückt. Immer wieder waren unliebsame Gegner des Regimes „spurlos verschwunden“ und die Regierung beging zahllose Menschenrechtsverletzungen.

Nach seiner Amtseinführung als neuer Präsident gab Barrow an, dass das Land wieder eine „Republik“ sei und strich das von Jammeh eingeführte Wort „islamisch“ aus dem Namen des Staats. Er verpflichtete sich zur Förderung einer verantwortungsvollen Staatsführung, der Rechtsstaatlichkeit und der Institutionen der Demokratie sowie zur Errichtung einer Truth and Reconciliation Commission (Wahrheits- und Versöhnungskommission). Ebenso kündigte er die Rückkehr Gambias in die Gemeinschaft des Commonwealth an, aus der das Land 2013 ausgetreten war. Er kehrte ausserdem die Entscheidung Jammehs um, sich aus dem Internationalen Strafgerichtshof zurückzuziehen. Barrows Partei, die United Democratic Party (Vereinte Demokratische Partei, UDP), errang einen klaren Wahlsieg bei den Parlamentswahlen im April 2017 – in einer Wahl, die als friedlich, frei und fair galt. [7]

Vorkommnisse

Die Beziehungen zwischen den Religionen sind in dem vorwiegend islamischen Land traditionell gut. Der Sufismus zum Beispiel, der für seine tolerante Einstellung gegenüber Andersgläubigen bekannt ist, hat in Gambia eine starke Stellung. Er ist in brüderlichen Orden organisiert – den Tidzhaniyya, Kadiriyya oder Muridiya, zum Beispiel –, die für ihre besondere Form des Mystizismus und ihre gewaltfreien Ansichten bekannt sind.

Die Ankündigung, dass Gambia in eine islamische Republik umgewandelt werden solle, hatte jedoch grosse Bedenken in der Zivilgesellschaft ausgelöst. Die Ängste nahmen erheblich ab, als Adama Barrow Jammeh im Amt ablöste und seine Islamisierungspläne ad acta legte. Die neue Regierung ist Berichten zufolge darauf bedacht, Gambia für die internationale Gemeinschaft zu öffnen und das Land vor extremistischen Tendenzen zu schützen.

Islamische Organisationen und die Katholische Kirche pflegen ein gutes Verhältnis. Zusätzlich zu den wichtigen muslimischen Festen werden auch christliche Feste, wie Weihnachten, Karfreitag und Ostern, begangen. Mitglieder der Organisation Interfaith Group for Dialogue and Peace (Interreligiösen Gruppe für Dialog und Frieden), die aus Muslimen, Christen und Bahais besteht, treffen sich regelmässig, um über Angelegenheiten zu sprechen, die für alle Religionsgemeinschaften in Gambia von Bedeutung sind, insbesondere über die Koexistenz der Religionen. [8]

Ehen zwischen Christen und Muslimen sind in Gambia nicht ungewöhnlich. Gelegentlich kommt es zu Spannungen in muslimischen Vierteln, wenn ein Bewohner zum Christentum übertreten will. Dies kommt überwiegend im Zusammenhang mit Eheschliessungen vor. [9]

Im Berichtszeitraum kam es zu keinen schwerwiegenden Verstössen gegen die Religionsfreiheit.

Perspektiven für die Religionsfreiheit

Die Stabilität der Gesellschaft leidet unter den Folgen der zunehmenden Migration. Nach Angaben der Vereinten Nationen gehört Gambia zu den ärmsten Ländern der Welt. [10] Der Exodus junger Menschen nach Europa ist besonders problematisch. Die Regierung versucht, der Abwanderung durch rechtliche und wirtschaftliche Massnahmen entgegenzuwirken. Diejenigen, die das Land verlassen, hinterlassen oft eine schmerzhaft Lücke, nicht nur für ihre eigene Familie, sondern auch für die Gemeinde und ihre religiöse Gemeinschaft. Das Geld, das sie aus dem Ausland überweisen, ist für viele Familien enorm wichtig, aber es kann die langfristige Abwesenheit junger Familienmitglieder nicht wettmachen.

„Die Stabilität der Gesellschaft leidet unter den Folgen der zunehmenden Migration. Der Exodus junger Menschen nach Europa ist besonders problematisch. Die Regierung versucht, der Abwanderung durch rechtliche und wirtschaftliche Massnahmen entgegenzuwirken.“

| Endnoten / Quellen

[1] Constitution of the Republic of the Gambia, World Intellectual Property Organisation (WIPO), http://www.wipo.int/wipolex/en/text.jsp?file_id=221242, (Zugriff am 2. April 2018).

[2] Vasudevan Sridharan, „Adama Barrow removes ‚Islamic‘ from The Gambia’s official name“, International Business times UK, 30. Januar 2017, <http://www.ibtimes.co.uk/adama-barrow-removes-islamic-gambias-official-name-1603686>, (Zugriff am 11. Februar 2018); „Munzinger Länder: Gambia“, Munzinger Archiv 2018, <https://www.munzinger.de/search/start.jsp>, (Zugriff am 30. März 2018)

[3] Die Tagespost, 9. Januar 2016.

[4] Munzinger Archiv 2018, ebd

[5] Die Economic Community of West African States (Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft) wird oft mit ECOWAS abgekürzt.

[6] „Profile: Former Gambian President Yahya Jammeh“, BBC, 22. Januar 2017 <http://www.bbc.com/news/world-africa-24383225>, (Zugriff am 3. April 2018).

[7] Stephan Detjen, „Ein Land im politischen Aufbruch“, Deutschlandfunk, 15. Dezember 2017, http://www.deutschlandfunk.de/gambia-ein-land-im-politischen-aufbruch.1773.de.html?dram:article_id=406118, (Zugriff am 11. Februar 2018).

[8] Bureau of Democracy, Human Rights and Labor, „Gambia“, International Religious Freedom Report for 2016, U.S. State Department, <https://www.state.gov/j/drl/rls/irf/religiousfreedom/index.htm#wrapper>, (Zugriff am 2. April 2018).

[9] ebd.

[10] „Multidimensional poverty index“, Human Development Reports, United Nations Development Programme, <http://hdr.undp.org/en/content/multidimensional-poverty-index>, (Zugriff am 3. April 2018).